

KOMMUNALE WÄHLERGEMEINSCHAFTEN IN DER BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
1. Einleitung - Zur methodischen Vorgehensweise	1
2. Zum Begriff der "Kommunalen Wählergemeinschaft" in Abgrenzung zu Parteien, Bürgerinitiativen und an- deren politischen Vereinigungen	4
3. Anmerkungen zum Gemeindeverfassungsrecht in der Bundesrepublik Deutschland	10
3.1 Überblick über die unterschiedlichen Kreisverfassun- gen in den deutschen Bundesländern	12
4. Die Freien Wählervereinigungen in Baden- Württemberg	16
4.1 Überblick über die Kommunal(-Wahl)gesetzgebung in Baden-Württemberg unter besonderer Berück- sichtigung der für die "Freien Wähler" wesentlichen Bestimmungen	17
4.2 Änderungen im baden-württembergischen Kommunal- wahlrecht durch die Gesetzesnovelle vom 12. Februar 1980	18
4.2.1 Einführung eines Verhältnisausgleichs	18
4.2.2 Auswirkungen der Gesetzesnovelle auf die Gemeinden mit unechter Teilortswahl	19
4.2.3 Aufstellung der Wahlvorschläge für die Wahl der Ge- meinderäte und Ortschaftsräte	20

4.2.4	Die Bedeutung der Ausgleichsmandate	23
4.2.5	Die veränderten Möglichkeiten des Kumulierens (der Stimmenhäufung)	24
4.3	Die Wahlerfolge der "Freien Wählervereinigungen" in Baden-Württemberg	25
4.4	Struktur und Funktion des Landesverbandes der Freien Wählervereinigungen (FWV) Baden- Württemberg e.V.	31
4.5	Die "Ellwanger-Frauenliste" - eine weibliche kom- munale Wählergemeinschaft tritt gegen die etablier- ten Parteien einer baden-württembergischen Klein- stadt an	36
5.	Die "Freien Wählerschaften" im Freistaat Bayern	42
5.1	Signifikante Aspekte der bayrischen Selbstverwal- tungstradition - Wesentliche Bestimmungen der Gemeindeordnung und der Kommunalwahlgesetz- gebung für die Parteifreien im Freistaat Bayern	44
5.2	Die Stimm- und Mandatsanteile der "Freien Wähler- schaften" bei den Kommunalwahlen in Bayern	47
5.2.1	Die "Freien Wählerschaften" in den kreisfreien Städten	47
5.2.2	Die Ergebnisse der Kreistagswahlen in Bayern von 1946 bis 1978	50
5.2.3	Die Ergebnisse der Gemeinderatswahlen in den bayri- schen kreisangehörigen Gemeinden von 1952 bis 1978	52
5.3	Gründung, Ansprüche und Funktion des Landesver- bandes der freien und unabhängigen Wählerschaften (FW) Bayerns e.V.	54
5.4	Das Sonderverhältnis der bayrischen Wählerschaften zur F.D.P. und zur "Vereinigung liberaler Kommunal- politiker (VLK)"	59

6.	Freie Wähler in Berlin	63
6.1	Die politischen und (wahl-)rechtlichen Rahmenbedingungen für das Auftreten von Wählervereinigungen in Berlin	64
6.2	Die "Wählergemeinschaft Unabhängiger Bürger (WUB)" in Berlin-Zehlendorf	66
6.2.1	Zum internen Aufbau der Berliner Wählergemeinschaft und den Schwerpunkten ihrer kommunalpolitischen Arbeit ..	66
6.3	Zur Aufhebung des Parteienmonopols bei der Aufstellung von Kandidaten zum Westberliner Abgeordnetenhaus	70
6.3.1	Wahlkampfkostenerstattung auch an Einzelbewerber	72
6.4	Die "Wählergemeinschaft Unabhängiger Bürger (WUB)" und ihre Beziehungen zur "Alternativen Liste (AL)", zu Bürgerinitiativen und etablierten Parteien	74
7.	Freie Wähler in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen	78
7.1	Die Situation im Bundesland Hamburg	78
7.2	Die Situation im Bundesland Bremen	80
8.	Die Freien Wählergemeinschaften im Bundesland Hessen ..	82
8.1	Die Kommunalwahlen in Hessen vom Kriegsende bis zum Jahre 1977	83
8.1.1	Die Kommunalwahlen in Hessen vor der Entstehung der Bundesrepublik Deutschland	83
8.1.2	Die hessischen Kommunalwahlen vom 4. Mai 1952	87
8.1.3	Die Gemeinde- und Kreiswahlen am 28. Oktober 1956	89
8.1.4	Die Kommunalwahlen vom 23. Oktober 1960	90
8.1.5	Die hessischen Kommunalwahlen vom 25. Oktober 1964	91
8.1.6	Die Kommunalwahlen vom 20. Oktober 1968	92
8.1.7	Die Kommunalwahlen in Hessen nach Abschluß der Gebietsreform am 22. Oktober 1972	93
8.1.8	Die hessischen Kommunalwahlen vom 20. März 1977	96

8.2	Der Verband der überparteilichen Wählergruppen in Hessen und die erfolglose FWG-Kandidatur bei den Wahlen zum Hessischen Landtag vom 8. Oktober 1978	99
8.3	Die "Christliche Wählereinheit (CWE)" des Landkreises Fulda - Hessens mitgliederstärkste Wahlgemeinschaft	105
9.	Die Freien Wählergemeinschaften in Niedersachsen	109
9.1	Das neue Kommunalwahlrecht in Niedersachsen	110
9.1.1	Das "System Hare-Niemeyer" und die veränderten Möglichkeiten der Stimmabgabe im Bundesland Niedersachsen	111
9.2	Die eher bescheidenen Wahlerfolge kommunaler Wählergemeinschaften in Niedersachsen	115
10.	Der schwierige Stand der Freien Wählervereinigungen in Nordrhein-Westfalen	119
10.1	Wahlergebnisse der Wählervereinigungen in Nordrhein-Westfalen	122
10.2	Die erfolgreichsten Wählergemeinschaften des Landes Nordrhein-Westfalen auf Gemeinde- und Kreisebene	127
10.2.1	Die "Unabhängige Wählergemeinschaft (UWG)" der Gemeinde Schalksmühle	127
10.2.2	Die "Unabhängige Wählergemeinschaft/Christliche Wählergemeinschaft (UWG/CWG)" des Kreises Höxter ...	128
10.2.3	Die "Unabhängige Wählergemeinschaft (UWG)" im Märkischen Kreis	130
11.	Die Freien Wählergruppen im Bundesland Rheinland-Pfalz	131

11.1	Kommentierter Überblick über das Abschneiden rheinland-pfälzischer Wählergruppen bei den Kommunalwahlen der Jahre 1974 und 1979	132
11.1.1	Die Wahlen zu den Kreistagen in Rheinland-Pfalz im Jahre 1979 und zum Vergleich im Jahre 1974	134
11.1.2	Die Wahlen zu den Verbandsgemeinderäten in Rheinland-Pfalz am 10. Juni 1979 und am 17. März 1974	135
11.1.3	Ergebnisse der Gemeinde- bzw. Stadtratswahlen (ohne kreisfreie Städte) in Rheinland-Pfalz 1979 und 1974 - Mandatsanteil weiblicher Kommunal- politiker	137
11.2	Der Landesverband der Freien Wählergruppen Rheinland-Pfalz	139
11.2.1	Aus dem Forderungskatalog der FWG-Rheinland- Pfalz - programmatische Aussagen des Landes- verbandes	142
12.	Die kommunalen Wählergruppen im Saarland	144
12.1	Die Wahlergebnisse der Wählergemeinschaften im Saarland von 1968 bis 1979	146
12.2	Der Schwerpunkt der saarländischen Freien Wähler im Saar-Pfalz-Kreis	149
12.3	Was eine kleine lokale Wählergruppe erreichen kann - Zu den Aktivitäten der FWG Kirrberg	153
13.	Die lokalen Wählergruppen in Schleswig-Holstein	155
13.1	Die Beschränkung der kommunalpolitischen Arbeit schleswig-holsteinischer Wählergruppen auf die Gemeindeebene	157
13.2	Der unterschiedliche Erfolg der schleswig-holsteini- schen Wählergruppen in den verschiedenen Gemeinde- größenklassen	159

13.3	Zur Gründung und Bedeutung des "Verbandes freier Wähler Nordwestdeutschland"	161
14.	Zusammenfassung wesentlicher Einzelbefunde aus den Bundesländern - Zur faktischen Bedeutung von Wählergemeinschaften in Kreisen, Gemeinden und bestimmten Gemeindegrößenklassen	165
14.1	Gründungsmotivationen und Ansprüche von Wählervereinigungen	174
14.2	Zur "Wahlgemeinschaftsideologie", typische Programm- und Werbeargumente der Parteilosen	176
15.	Motivationen für einen Wahlgemeinschaftsbeitritt und Ansprüche der einzelnen Mitglieder von Wählervereinigungen - Wie sieht der "typische Freie Wähler" aus?	182
16.	Zusammenschluß der kommunalen Wählergemeinschaften auf Bundesebene	191
16.1	Gründungsmotivation für einen Bundesverband der deutschen Wählergemeinschaften	191
16.2	Organisation, "Ideologie" und tatsächliche Bedeutung des Bundesverbandes der Freien Wählergemeinschaften ...	193
17.	Zu der Fragebogenaktion und ihren Ergebnissen, die im Sommer 1980 bei allen hessischen Wählergemeinschaften durchgeführt wurde	196
17.1	Ergebnisse der Fragebogenaktion bei allen Wählergemeinschaften des Bundeslandes Hessen	203

17.2	Analyse und Wertung der ermittelten Umfrage- ergebnisse	208
18.	Die Zäsur der Gebietsreform für die kommunalen Wählergemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland	213
18.1	Reaktionen und Anpassungsversuche der kommunalen Wählergemeinschaften auf und an die durch die Gebiets- reform geschaffene Großgemeindestruktur	218
19.	Zu den Möglichkeiten einer steuerlichen Anerkennung der kommunalen Wählergemeinschaften als "gemein- nützig" oder als "Förderer staatspolitischer Zwecke"	222
20.	Die Position der großen Parteien zur kommunalen Wahlgemeinschaftskonkurrenz - Parteien und/oder Wählergemeinschaften auf kommunaler Ebene?	227
21.	Abschließende Bemerkungen zum Wahlgemeinschafts- phänomen verbunden mit einigen Empfehlungen zur Arbeit der kommunalen Wählergemeinschaften in den achtziger Jahren	232
22.	Verzeichnis der geführten Gespräche und Korrespondenzen.	241
23.	Abkürzungsverzeichnis	245
24.	Literaturverzeichnis	249